

chen von Gebeten in öffentlichen Schulen sei verfassungswidrig. Der Präsidentschaftskandidat *Ronald Reagan* holte vor Jahren dieses Thema wieder hervor. Es paßte nur zu gut in sein Bemühen um Restauration alles klassisch Amerikanischen. Wenige Monate vor der von ihm angestrebten Wiederwahl legte er dieses Thema dem Kongreß vor. „Nichts in dieser Verfassung soll auf eine Weise ausgelegt werden, die ein individuelles oder im Rahmen einer Gruppe durchgeführtes Gebet in öffentlichen Schulen oder anderen öffentlichen Institutionen verbieten würde. Keine Person soll von den Vereinigten Staaten oder irgendeinem Staat zur Teilnahme am Gebet angehalten werden. Weder die Vereinigten Staaten noch sonst ein Staat sollen den Wortlaut eines Gebetes in öffentlichen Schulen verfassen“, so lautete der Verfassungszusatz. Mit 56 zu 44 Stimmen nahm ihn der Senat an. Für die nötige Zweidrittelmehrheit fehlten elf Stimmen.

Widerhall fand die Auseinandersetzung vor allem bei *fundamentalistischen Gruppen*, Vertretern der elektronischen Kirche, jenen Predigern, die mit einigem, auch finanziellem Erfolg für die innere Erbauung vieler Amerikaner sorgen. Die verschiedenen Kirchen waren entweder gespalten in dieser Frage oder, so die katholische Kirche, sehr zurückhaltend. Denn hier macht sich niemand Illusionen über die Absichten Präsident Reagans und einflußreicher Gruppen, die dieses Vorhaben unterstützten. Gerade konservative Kreise sind mit ihrem Präsidenten nicht so zufrieden, wie dies in einem Wahljahr wünschenswert wäre. Deshalb konnte Reagan das Thema Schulgebet nur recht sein.

Daß wahltaktisch dieses Thema nicht zu vernachlässigen ist, zeigen *Umfrageergebnisse*: Rund 80 Prozent der amerikanischen Bevölkerung sollen die Wiedereinführung des Gebets befürworten. Und daß dies so ist, hat weniger mit Religion unmittelbar zu tun; Gebet wird vielmehr verstanden als Heilmittel gegen moralischen Niedergang. Wer betet, nimmt keine Drogen, achtet das Eigentum, steht zu den Werten Arbeit und Familie.

Mit dem nächsten Vorstoß, das Gebet in den Schulen einzuführen, wird fest gerechnet. Ob er Erfolg haben wird, ist schwer vorherzusagen. Außer in der Schule werden derweil weiterhin laut und vernehmlich Glaubensbekenntnisse abgegeben: im Kongreß, bei Parteikonventen, beim Gelöbnis auf die Fahne. nt

Ungeniert

Der lateinamerikanische Bischofsrat CELAM diagnostizierte in Bogotá „Fortschritte auf dem Weg zur Demokratisierung“ des Subkontinents, wies aber gleichzeitig auf die alarmierende wirtschaftliche Krise Lateinamerikas. Die Bischöfe sorgen sich vor allem um die *horrende Auslandsverschuldung* ihrer Länder, die erschreckend hohe soziale Kosten nach sich ziehe.

Wie ernst die Wirtschafts- und Finanzsituation der lateinamerikanischen Staaten ist, zeigen die neuesten Daten im Jahresbericht der „*Interamerikanischen Entwicklungsbank*“ (IDB). Mit 310 Milliarden US-Dollar machen die Schulden der lateinamerikanischen Staaten die Hälfte der Gesamtschuld aller Entwicklungsländer aus. Die Verdreifachung der Außenverschuldung in nur fünf Jahren hat bei stagnierenden, fallenden oder sogar negativen Wachstumsraten bewirkt, daß allein zur Tilgung des Schuldendienstes neue Kredite aufgenommen werden müssen. Nach dem IDB-Bericht ist das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr um durchschnittlich drei Prozent gesunken. Durch das Ansteigen der Arbeitslosenrate sank das Pro-Kopf-Einkommen sogar um sechs Prozent und fiel auf den Stand von 1977 zurück.

Unter dem Druck des *Internationalen Währungsfonds* IWF haben die lateinamerikanischen Staaten begonnen, Austerity-Programme durchzusetzen, die ihnen zwar ermöglichen, die Zinslasten in höherem Umfang zu begleichen, die Chancen zu erneutem wirtschaftlichen Aufschwung aber stark

beschneiden. Trotz dieser wirtschaftlichen Zerfallserscheinungen hält die IDB Lateinamerika für einen „potentiell reichen Schuldner“. So gebe es beträchtliche materielle und personelle Produktionskapazitäten, brauchbare soziale und wirtschaftliche Infrastrukturen und Finanzsysteme. Voraussetzung für die Nutzung solcher Kapazitäten seien jedoch politisch stabile Systeme. Daran hapert es allerdings in den meisten Fällen.

Überhaupt neigen lateinamerikanische Regierungen dazu, die Schuld an der Schuldenlast vor allem außerhalb Lateinamerikas zu suchen. So ist immer wieder zu hören, die Banken der Industrieländer hätten ihnen jahrelang Kredite geradezu aufgedrängt; jetzt sei die lateinamerikanische Wirtschaft durch die allgemeine Rezession und die hohen Zinssätze gelähmt und solle sich noch möglichst aus eigener Kraft erholen. Die Kreditgeber-Länder und der Internationale Währungsfonds mögen gute ökonomische Gründe für ihre Austerity-Empfehlungen an die lateinamerikanischen Staaten haben.

Trotzdem verursacht die vom IWF verordnete *nationalökonomische Hungerkur*, wie sie vor allem die am höchsten verschuldeten Länder Brasilien, Argentinien und Mexiko durchzuführen gezwungen sind, einen zynischen Beigeschmack, nicht nur angesichts des verhungernenden brasilianischen Nordostens, sondern angesichts der sozialen Folgen der Schuldenkrise auf dem *ganzen* Subkontinent.

Wahrscheinlicher als die von den westlichen Ländern erwartete politische Stabilisierung Lateinamerikas ist die Ausbreitung sozialer und politischer Unruhen unter der Masse der armen Bevölkerung, die mit noch so notwendigem „Schuldenkrisen-Management“ nichts anfangen kann. Am Rande eine deutsche Sicht der lateinamerikanischen Wirtschaftskrise: Lateinamerikanische Politiker – so eine überregionale Tageszeitung – haben den Hang zur Demagogie, zum Egoismus und zur Korruption, was den Fortschritt hemme. Politikern eines ganzen Dritte-Welt-Kontinents kann man, hier zeigt es sich, viel ungenierter die Meinung sagen als etwa osteuropäischen Schuldner-Ländern. bu